



## „L'Algérie, c'est la France“ – quoi qu'il en coûte ?

### Die französische Nordafrikapolitik in der IV. Republik (1946-1958) zwischen Anspruch und Realität

„L'Algérie, c'est la France“<sup>1</sup> – Vor 60 begann der für die algerische Unabhängigkeit kämpfende ‚Front de Libération Nationale‘ (FLN) diesen formell seit 1848 gültigen Anspruch gewaltsam anzufechten. Für die Mehrheit der Franzosen war es zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar, dass den separatistischen Bestrebungen eines Tages nachgegeben würde. Schließlich gehörten die algerischen Départements bereits länger zu Frankreich als einige Regionen der Metropole und bildeten nach französischem Verständnis den integralen Bestandteil einer unteilbaren Republik<sup>2</sup>. Ferner wurde Algerien eine unverzichtbare ökonomische und strategische Bedeutung beigemessen. Entsprechend entschlossen zeigten sich die politischen Entscheidungsträger nach Beginn der Rebellion im November 1954. Jedweder Aufweichung der als „unauflöslich“ bezeichneten franko-algerischen Union wurde eine Absage erteilt. Stattdessen sollte mithilfe der sogenannten Integrationspolitik die rechtliche, ökonomische und politische Gleichstellung der Algerier realisiert werden. Hierfür zeigten sich die Abgeordneten der Nationalversammlung zu einer „beinahe unvernünftigen Anstrengung“ bereit<sup>3</sup>: ‚L'Algérie, c'est la France, coûte ce qu'il en coûte‘. Acht Jahre später vollzog Charles de Gaulle, erster Präsident der V. Republik, eine unerwartete und radikale Kurswende<sup>4</sup>. Er entließ Algerien nach 132 Jahren französischer Souveränität in die Unabhängigkeit und führte als Begründung eine einfache Kalkulation an: „Algerien kostet uns, so viel ist sicher, mehr als es uns einbringt“<sup>5</sup>.

Obgleich zeitlich nahe beieinander liegend, könnte der Kontrast zwischen dem entschiedenen ideologischen Anspruch der IV. Republik (1946-1958) und dem nüchternen ökonomischen Kalkül des ersten Präsidenten der V. Republik (seit 1958) kaum größer sein. Wie aber lässt sich dieses Paradoxon zwischen dem Postulat einer Verteidigung Französisch-Algeriens um jeden Preis und einer scheinbar buchhalterischen Abwägung von Kosten erklären, die rasch in die Unabhängigkeit mündete? Verkannte de Gaulle Frankreichs elementare Interessen in der Region, oder hatte umgekehrt die IV. Republik für etwas gekämpft, das sich als verzichtbar oder sogar schädlich erwies?

---

<sup>1</sup> Innenminister François Mitterrand nach Beginn des Algerienkriegs, November 1954.

<sup>2</sup> Metropole meint den kontinentaleuropäischen Teil Frankreichs.

<sup>3</sup> Lionel de Tinguy, Sprecher der Finanzkommission des Parlaments, März 1956.

<sup>4</sup> Das Ende der IV. Republik wurde im Mai 1958 durch einen Putschversuch französischer Militärs in Algerien eingeläutet, die eine mögliche Verhandlungslösung in der Algerienfrage verhindern wollten.

<sup>5</sup> Charles de Gaulle auf einer Pressekonferenz im April 1961.

Diese Fragen zielen auf den Kern der vorliegenden Dissertation, nämlich Anspruch und Realität der französischen Nordafrikapolitik in der IV. Republik kritisch zu beleuchten, ihre Kohärenz zu analysieren und nach einer möglichen Erklärung für die scharfe Zäsur in der V. Republik zu suchen.

Während sich deutsche Historiker nur sehr vereinzelt mit der Algerienfrage befasst haben und die Problematik im gesellschaftlichen Diskurs kaum präsent ist, bildet sie in Frankreich seit etwa zwei Jahrzehnten ein wissenschaftliches und öffentliches Reizthema. Dennoch ist festzustellen, dass der Ansatz der vorliegenden Arbeit in der Forschung bisher nicht verfolgt wurde und insbesondere die ökonomischen Hintergründe der französischen Nordafrikapolitik weitgehend unbeleuchtet blieben. Die wenigen wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten liegen nicht nur viele Jahre zurück (Lefevre, 2005; Marseille, 1984), sie verengten häufig auch den Blick auf die Frage, ob die Kolonien Frankreich schlussendlich zum ökonomischen Vorteil gereichten oder nicht. Der dabei vorherrschende Ansatz, retrospektiv Bilanz zu ziehen, erschwert oder verhindert sogar eine präzise Aussage über die Kohärenz der Nordafrikapolitik. Erst unter Berücksichtigung der zeitgenössischen Perspektive kann eine adäquate Analyse der historischen Entscheidungsprozesse erfolgen.

Die vorliegende Arbeit untersucht daher die bisher unbeantwortete Frage, wie die prognostizierten Opportunitätskosten der Integrationspolitik im damaligen Diskurs bewertet wurden und wie groß die Bereitschaft der Beteiligten war, die Konsequenzen dieser Politik zu tragen<sup>6</sup>. Um der Komplexität der Algerienfrage gerecht zu werden, geht die vorliegende Studie über die rein buchhalterische Dimension hinaus und berücksichtigt gleichermaßen innen- und außenpolitische Opportunitätskosten, strategische Interessen und nationale Argumentationsmuster. Zudem steht immer wieder die Frage nach realistischen Alternativen und Handlungsspielräumen im Blickpunkt. Erst ein solcher mehrdimensionaler und interdisziplinärer Ansatz, mit geschichts-, wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Zugängen verknüpft, erlaubt eine fundierte Aussage über die Kohärenz der französischen Nordafrikapolitik. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Spätphase der französischen Kolonialgeschichte geleistet.

## ERGEBNISSE

Als zentrales Ergebnis der Dissertation ist festzuhalten, dass die französische Nordafrikapolitik der IV. Republik von großer Inkonsistenz gekennzeichnet war. Dies manifestierte sich auf zwei Ebenen. Zum einen geht es um das Verhältnis zwischen dem

---

<sup>6</sup> Opportunitätskosten sind definiert als das, was aufgegeben werden muss, um etwas anderes zu erlangen. Vgl. Mankiw, Gregory: *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, 2001, S. 6.

ambitionierten Anspruch, Algerien sei Frankreich, und dem tatsächlichen Engagement. Das Verhältnis war von massiver Ungleichheit geprägt, verlangte also nach einer aktiven und kostenintensiven Politik. Tatsächlich blieben aber wesentliche Reformprojekte aus. Investitionen in Algerien orientierten sich weiterhin nicht am realen Bedarf des Landes, sondern an der Maxime, die französischen Finanzen nicht übermäßig zu belasten. Die ernüchternde Bilanz der IV. Republik resultierte also zu einem erheblichen Anteil aus der Weigerung der Entscheidungsträger, die ausgerufenen Integrationspolitik entschlossen umzusetzen und damit den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Zum anderen ist stärker auf die Ausgangslage von 1954 zu rekurrieren. Es kann aufgezeigt werden, dass die Festlegung auf die Integrationspolitik bereits von fehlerhaften Voraussetzungen ausging. Denn weder in Frankreich noch in Algerien gab es eine ausreichend große Bereitschaft, die Konsequenzen des Anspruchs „l'Algérie, c'est la France“ zu akzeptieren. Zahlreiche Algerier hatten sich bereits vom Mutterland Frankreich abgewendet, da es ihnen schon lange den Zugang verwehrte. Sie strebten nun nach Selbstbestimmung. Viele Franzosen wiederum betrachteten die Algerier weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitbürger, sondern als Fremde, denen sie mit Skepsis oder sogar offener Ablehnung begegneten. In den französischen Ministerien wurden bereits Anfang der 1950er Jahre die Stimmen vernehmbarer, die eine Reduzierung der Finanzhilfen für Algerien forderten. Dabei reichten schon damals die Transfers aus der Metropole kaum aus, eine Verschlechterung der Lebensbedingungen in Nordafrika zu verhindern. Zwischen der begrenzten Opferbereitschaft Frankreichs und dem gewaltigen Kapitalbedarf Algeriens klaffte eine unüberbrückbare Lücke. Die Festlegung auf die Integrationspolitik war daher schwer zu legitimieren, da sie die kostenintensivste aller Optionen darstellte.

Erst in der V. Republik näherten sich Anspruch und Realität einander an – allerdings aus beiden Richtungen. Einerseits weitete Frankreich sein finanzielles und politisches Engagement in Algerien deutlich aus. In wichtigen Bereichen wurde binnen Monaten mehr erreicht als in den zwölf Jahren der IV. Republik. Andererseits setzten die nun immer deutlicher zutage tretenden Opportunitätskosten des Anspruchs „l'Algérie c'est la France“ erstmals eine kritische Reflexion über die Frage in Gang, ob das Festhalten an der bisherigen Politik tatsächlich alternativlos war und im Interesse Frankreichs lag. Die Antwort der Franzosen fiel eindeutig aus: Mit überwältigender Mehrheit stimmten sie 1962 für die Verträge von Évian und besiegelten damit die Unabhängigkeit Algeriens.